

USA billigen Waffenverkauf an die Ukraine

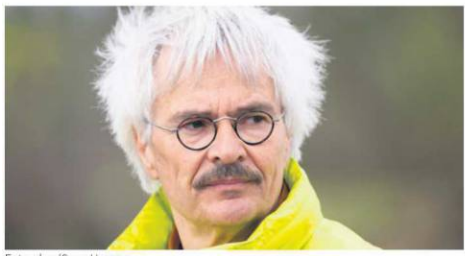
Das weiterhin von Russland attackierte Land soll seine Luftverteidigung verbessern können.

WASHINGTON/BERLIN. Die US-Regierung hat den Verkauf dringender benötigter militärischer Ausrüstung im Wert von 138 Millionen Dollar (127 Millionen Euro) an die Ukraine genehmigt. Kiew müsse seine Fähigkeiten zur Verteidigung gegen russische Raketenangriffe ausbauen, erklärte die Behörde für internationale Sicherheitskooperation (DSCA) am Dienstag (Ortszeit). Das Material diene der Reparatur und Aufrüstung des Luftabwehrsystems Hawk und werde den Schutz der Bevölkerung und von wichtiger Infrastruktur verbessern. Die USA haben der Ukraine bereits mehrere Luftabwehrsysteme zur Verfügung gestellt.

Die USA sind seit der russischen Invasion im Februar 2022 der wichtigste militärische Unterstützer Kiews. Seit Monaten blockieren jedoch die oppositionellen Republikaner im Kongress unter dem Druck des früheren Präsidenten Donald Trump, der im November erneut zur Wahl antreten will, ein neues Hilfspaket im Wert von 60 Milliarden Dollar. Ohne die Zustimmung des Kongresses zu weiteren Hilfen drohe seinem Land eine Niederlage im Krieg gegen Russland, warnte der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj am vergangenen Wochenende.

Die deutsche Regierung will den wirtschaftlichen Wiederaufbau in der Ukraine verstärkt unterstützen und hat dafür ein Maßnahmenpaket beschlossen. Im Zentrum der 15 Punkte stünden finanzielle Zuschüsse und Zinsverbilligungen für kleine und mittlere Unternehmen in der Ukraine sowie Investitionsgarantien für deutsche Unternehmen, teilte das Entwicklungsministerium in Berlin mit. Darauf aufbauend arbeite das Ministerium mit der ukrainischen Regierung perspektivisch an einer Institution für den Wiederaufbau der Ukraine nach dem Vorbild der deutschen Kreditanstalt für Wiederaufbau. *AFP/dpa*

Das Zitat des Tages



„Weder sind die Lichter ausgegangen oder die Strompreise explodiert, noch wurde mehr Kohle verstromt.“

Richard Mergner, BUND Naturschutz Bayern, mit Blick auf den Jahrestag der Abschaltung der AKW Isar 2, Neckarwestheim 2 und Emsland

Kurz berichtet

Leopoldina befürwortet umstrittene CO₂-Speicherung

HALLE. Die Nationale Akademie der Wissenschaften Leopoldina spricht sich zum Schutz des Klimas dafür aus, der Atmosphäre das Treibhausgas Kohlendioxid (CO₂) zu entziehen. Um Deutschland und Europa klimaneutral zu machen, reiche es nicht aus, erneuerbare Energien auszubauen und die Energieeffizienz zu steigern, heißt es in einer am Mittwoch veröffentlichten Stellungnahme der in Halle ansässigen Akademie. Die Akademie befürwortet unter anderem den umstrittenen CCS-Ansatz. Das englische Kürzel steht für „Carbon Capture and Storage“ und bedeutet, dass CO₂ aufgefangen, abgeschieden und unterirdisch gespeichert wird. *epd*

Paragraf 218: CSU-Politikerin stellt Kommission infrage

BERLIN. In der Debatte über den Abtreibungsparagrafen 218 stellt Unionsfraktionsvize Dorothee Bär (CSU) die Unabhängigkeit der von der Regierung eingesetzten Expertenkommission infrage. „Die Kommission hat wenig überraschend geliefert, was von der ‚Ampel‘ bestellt wurde“, sagte sie den Funke-Zeitungen. Zuvor hatte bereits CDU-Chef Friedrich Merz vor einem „gesellschaftlichen Großkonflikt“ gewarnt. *AFP*

Es schien, als schwappte eine Welle der Zuversicht durch Deutschland – als Anfang des Jahres Hunderttausende für die Demokratie und gegen Rechtsextremismus auf die Straße gingen. In so gut wie allen großen Städten Deutschlands ließen sich nach den Recherchen von Correctiv zu rechtsextremen Netzwerken Wochenende für Wochenende Massen mobilisieren. Die viel beschworene schweigende Mehrheit in der gesellschaftlichen Mitte – da war sie, laut und gut hörbar. Die Historikerin Hedwig Richter sprach von einem Fest, die Menschen feierten die Demokratie. Und die Hoffnung machte sich breit, dass dieser Geist anhalten könnte.

Doch wie fast zu erwarten war – denn das ist die Lehre aus früheren Bewegungen von Fridays for Future bis hin zur Willkommenskultur für Flüchtlinge oder der Solidaritätswelle zu Beginn der Coronapandemie – ebte die Begeisterung nach der ersten Anfangseuphorie immer weiter ab. War's das also?

Bei aller Verdrossenheit über „die Politik“ und die Machtkämpfe innerhalb der Ampel steht viel auf dem Spiel, wenn demokratische Grundwerte und Menschenrechte – wie es den Eindruck bei dem von Correctiv aufgedeckten Treffen machte – infrage gestellt werden. Zumindest mit Blick auf die Kommunalwahlen besteht Hoffnung, dass der Punkt bei den Menschen angekommen ist.

Die EU plant schärfere Asylgesetze

Das Europaparlament stimmt für eine Reform der Regelungen. Vorgesehen ist nun ein deutlich härterer Umgang mit Menschen aus Ländern, die als relativ sicher gelten.

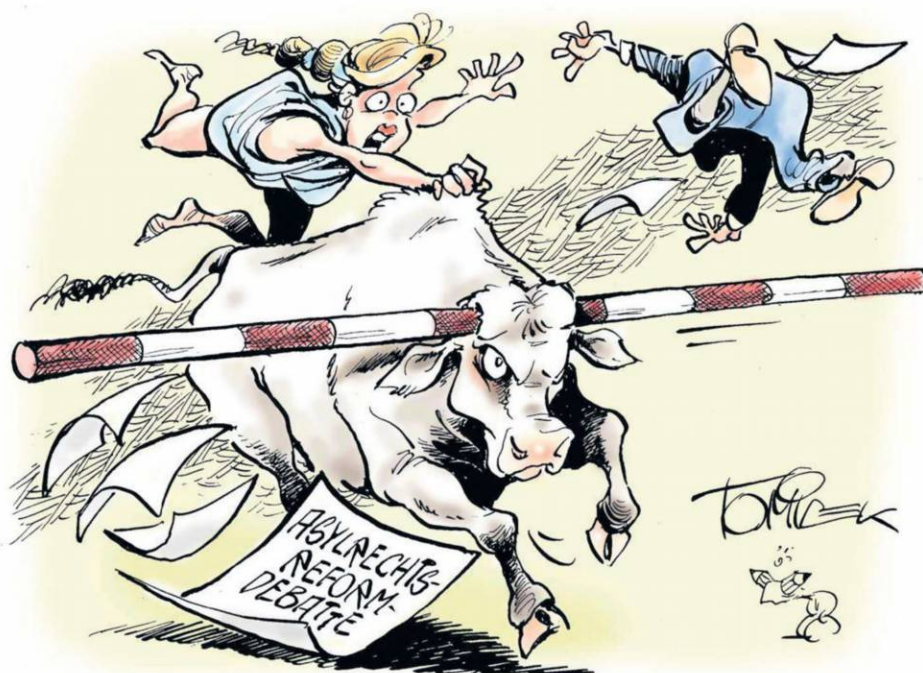
VON KNUT KROHN

BRÜSSEL. Seit acht Jahren streitet die Europäische Union über die Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (Geas). Nun hat das EU-Parlament einem Gesetzpaket zugestimmt, das eine Verschärfung der Regelungen vorsieht. „Das heutige Votum ist ein historischer Moment für Europa und ein Meilenstein für ein gemeinsames europäisches Asylsystem“, betonte die Europaparlamentarierin Lena Düpont (CDU) nach der Abstimmung. Anders Cornelia Ernst, migrationspolitische Sprecherin von Die Linke im Europaparlament, die von einem „historischen Versagen des Europaparlaments“ spricht. „Die Reform ist ein Schlag ins Gesicht für Schutzsuchende“, sagte die Politikerin. Kritiker befürchten, dass durch die neuen Regeln Hilfesuchende entrechtet werden und noch mehr leiden müssen.

Das Ziel des Asyl- und Migrationspaketes Die Staaten an den EU-Außengrenzen sind seit Jahren mit der Versorgung und Registrierung der ankommenden Menschen überfordert. Vor allem Italien und Griechenland sollen mit einer Verschärfung der Asylregeln entlastet werden.

Einheitliche Verfahren an Außengrenzen Zentraler Punkt der geplanten Reform sind einheitliche Verfahren an den Außengrenzen Europas. Ein erster Schritt wird sein, dass die ankommenden Menschen möglichst lückenlos erfasst werden. Zu diesem Zweck werden sie mit Fingerabdrücken und Fotos registriert und in der Eurodac-Datenbank der EU gespeichert. Erstmals sind Kinder ab sechs Jahren davon betroffen, bisher galt 14 als Untergrenze. Parallel dazu wird überprüft, ob ein Migrant eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit sein könnte.

Die Tomicek-Karikatur



Grenzbereiche

Leitartikel

Kreuzchen für die Demokratie

Im BaWü-Check zeichnet sich eine hohe Wahlbeteiligung ab. Das gibt Anlass zur Hoffnung.

VON ANNIKA GRAH

Das zeigt der aktuelle BaWü-Check, der belegt, dass – bei aller Vorsicht, mit der solche Prognosen zu diesem frühen Zeitpunkt vor der Wahl zu genießen sind – die Wahlbeteiligung bei der Kommunalwahl wieder ebenso hoch sein könnte wie schon 2019. Damals war der höchste Wert seit den 1990er Jahren erreicht worden. In der Umfrage sind 62 Prozent entschlossen, zur Wahl zu gehen. Geben sich diejenigen einen Ruck, die bisher „wahrscheinlich“ ihre Stimme abgeben wollen – könnte es einen neuen Höchstwert für eine Kommunalwahl geben.

Der Wähler – ein wankelmütiges Geschöpf – lässt sich von vielem beeinflussen.

Das sollte zuversichtlich stimmen. Allein, es zeigt die Wahlforschung, dass der Wähler ein wankelmütiges Geschöpf ist und sich neben langfristig erworbenen politischen Einstellungen auch von Nebensächlichkeiten wie dem Wetter beeinflussen lässt. Bei schönem Wetter steigt die Wahlbeteiligung – wenn auch meist nur geringfügig. Nur wenn es eine knappe Wahl ist, sinkt der Einfluss. Niemand will sich ärgern, wenn ausgerechnet die andere Seite wegen ein paar Regenwolken die entscheidenden Prozentpunkte mehr bekommt.



Doch nach der Mobilisierung zu Anfang des Jahres bleibt die Hoffnung, dass weniger das Wetter als die düsteren Wolken über den westlichen Demokratien den Anreiz geben, zur Wahl zu gehen. Es dürfte jedem klar sein. Wer für die Demokratie einstehen will, kann und muss diese in erster Linie in der Wahlkabine unterstützen. Mit der Besonderheit, dass es bei der anstehenden Wahl der Gemeinderäte nicht nur um eine politische Vertretung, sondern um ganz konkrete Entscheidungen über das Gemeinwesen im allernächsten Umfeld geht.

Die Kreuzchen über die Vielzahl von Stimmzetteln zu verteilen und nachzurechnen, dass man beim Kumulieren und Panaschieren keine Fehler macht, mag sich weniger glamourös anfühlen, als mit Tausenden anderen auf der Straße zu stehen. Doch am Ende ist es die Entscheidung am heimischen Küchentisch – im Falle der Briefwahl – oder in einem miefigen Klassenzimmer – wenn man ins Wahllokal geht –, die die Zukunft unserer Demokratie und unseres Gemeinwesens mitbestimmt.

Dafür braucht es vor allem eines: gute Angebote von den Kandidatinnen und Kandidaten, die die Entscheidung erleichtern. Die Kommunalwahl wird also nicht nur in parteipolitischer Hinsicht ein Gradmesser für den Zustand unserer Demokratie.

Südkoreas Opposition siegt deutlich

Die Parlamentswahl in Südkorea galt als Zwischentest für die Regierung. Die Partei des Präsidenten verfehlt ihr Ziel.

SEOUL. Bei der Parlamentswahl in Südkorea haben die Wähler der sozialliberalen Opposition eine komfortable Mehrheit beschert und damit zugleich Präsident Yoon Suk Yeol einen schweren Schlag versetzt. Die Demokratische Partei (DP) von Oppositionsführer Lee Jae Myung konnte ihre Stellung als größte Einzelpartei in der 300 Sitze zählenden Nationalversammlung behaupten, wie südkoreanische Sender in der Nacht zum Donnerstag (Ortszeit) berichteten. Durch den Erfolg der Opposition bei der Wahl vom Mittwoch droht dem konservativen Staatschef nun, während seiner noch verbleibenden drei Jahre im Amt innenpolitisch weitgehend handlungsunfähig zu werden.

Nach Auszählung von mehr als 90 Prozent der Stimmen in 254 Wahlbezirken konnte die DP den Berichten zufolge mit 160 Sitzen rechnen. Die Volksmacht-Partei (PPP) von Yoon würde demnach künftig mit 91 Abgeordneten vertreten sein. Neben den Direktmandaten werden bei der alle vier Jahre stattfindenden Wahl noch 46 Sitze nach dem proportionalen Stimmenanteil an Listenkandidaten vergeben.

In der viertgrößten Volkswirtschaft Asiens kündigte sich mit dem Erfolg der Opposition eine Fortsetzung der schwierigen politischen Machtverhältnisse an. Yoons Partei hatte auf eine Machtverschiebung zu ihren Gunsten gehofft, damit sie Gesetzesvorhaben leichter durchsetzen kann. Die Wahl galt als wichtiger Zwischentest für die Regierung unter Yoon. Die nächste Präsidentenwahl ist für 2027 geplant.

Zur Wahl am Mittwoch waren mehr als 44,25 Millionen Bürger aufgerufen, ihre Stimmen abzugeben. Die Beteiligung lag nach vorläufigen Angaben der staatlichen Wahlkommission bei 67 Prozent. Das war der höchste Wert bei Parlamentswahlen seit 32 Jahren. *dpa*

— Ausnahmen für Kinder

Ausgenommen von diesen harten Grenzmaßnahmen sind unbegleitete, minderjährige Flüchtlinge. Deutschland hatte gefordert, insgesamt Familien mit Kindern von diesen harten Grenzmaßnahmen auszunehmen, ist damit aber gescheitert.

— Besondere Regeln bei einer Krise

Steigt die Zahl der ankommenden Migranten in einem Zeitraum besonders schnell an, greift die sogenannte Krisenverordnung. Das bedeutet, dass vom Standard-Asylverfahren abgewichen werden kann. Zum Beispiel kann der Zeitraum verlängert werden, in dem Menschen unter haftähnlichen Bedingungen festgehalten werden können. Zudem könnte der Kreis derjenigen vergrößert werden, der für die geplanten strengen Grenzverfahren infrage kommt. Das gälte dann für Menschen aus Herkunftsländern mit einer Anerkennungsquote von maximal 50 Prozent.

— Solidarität mit den EU-Grenzstaaten

Trotz der geplanten neuen Regelung gilt auch weiter das sogenannte Dublin-Abkommen. Das heißt, dass das Land der ersten Einreise für einen Asylantrag zuständig ist. Im Gegenzug sollen aber die anderen EU-Mitglieder besonders betroffenen Staaten wie Italien und Griechenland eine gewisse Zahl an Migranten abnehmen. Geplant ist, dass im Rahmen eines „Solidaritätsmechanismus“ jährlich mindestens 30.000 Migranten umverteilt werden. Auf Deutschland kämen theoretisch rund 6.600 Menschen pro Jahr zu. Dagegen stemmen sich aber Staaten wie Ungarn. Sie könnten sich in Zukunft freikaufen, im Gespräch sind 20.000 Euro pro Migrant. Alternativ können sie Grenzbeamte entsenden oder Projekte in Drittländern finanzieren.



Zypern ist in den letzten Monaten verstärkt zum Ziel von Menschen geworden, die in die EU gelangen wollen. *Foto: dpa/Petros Karadjias*

— Haftähnliche Bedingungen

Grundsätzlich soll in Zukunft gelten: Migranten, die von Anfang an kaum Chancen auf einen positiven Asylbescheid haben, werden an der Weiterreise gehindert. Das betrifft etwa Menschen aus Tunesien, Marokko oder Bangladesch. Dasselbe gilt für Menschen, die die Behörden in die Irre geführt haben, etwa mit einem falschen Pass. Bis zur Entscheidung über den Asylantrag sollen die Menschen bis zu zwölf Wochen unter haftähnlichen Bedingungen in Auffanglagern untergebracht werden können. Betroffene sollen einen kostenlosen Rechtsbeistand erhalten.

Abtreibung: Arizona setzt Gesetz von 1864 in Kraft

Ein eigenwilliger Gerichtsentscheid facht die Abtreibungsdebatte in den USA an. Die Generalstaatsanwaltschaft bemüht sich um Klärung.

WASHINGTON. Eine Entscheidung des Obersten Gerichts im US-Bundesstaat Arizona in Sachen Abtreibung macht international Schlagzeilen. Mit 4 zu 2 Stimmen sprach sich der Supreme Court am Dienstag (Ortszeit) dafür aus, ein Gesetz aus dem Jahr 1864 wieder in Kraft zu setzen. Demnach wären Schwangerschaftsabbrüche in Arizona künftig nahezu vollständig verboten. Eine Ausnahme ist nur vorgesehen, wenn das Leben der Mutter in Gefahr ist. Ärzte müssten bei Verstößen mit Haftstrafen rechnen.

Derzeit sind Abtreibungen in dem Bundesstaat ab der 15. Schwangerschaftswoche verboten. Dass die Regel aus dem 19. Jahrhundert tatsächlich wieder Anwendung findet, gilt als unwahrscheinlich. Die Richter setzten eine zweiwöchige Frist zur Klärung

offener verfassungsrechtlicher Fragen, die verlängert werden könnte. Arizonas demokratische Generalstaatsanwältin Kris Mayes kündigte an, niemanden aufgrund des alten Gesetzes zu verfolgen. Ihre Behörde versuche, das Inkrafttreten zu verhindern.

Der aktuelle Gerichtsentscheid geht auf eine Initiative von Mayes republikanischem Vorgänger Mark Brnovich zurück. Dieser hatte versucht, das historische Gesetz zu reaktivieren. Über eine Klage dagegen haben die Richter nun vorläufig entschieden. Hintergrund ist ein wegweisendes Urteil des Obersten Gerichts der Vereinigten Staaten. Dieses hatte 2022 geurteilt, dass aus der US-Verfassung kein landesweit gültiges Recht auf Abtreibung abgeleitet werden kann, sondern die Bundesstaaten zuständig sind. *KNA*